

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.02.2023

Inhalt

EWN

1 Klimastiftung: CDU fordert Sonderermittler – SPD schäumt <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 28.02.2023</i>	3
2 Das Nord-Stream-Zerwürfnis <i>Süddeutsche Zeitung, 28.02.2023</i>	4
3 MV-Grüne für gemeinsame Fachkräfte-Strategie Ost <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 27.02.2023</i>	6

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 28.02.2023 | S. 04-SEITE 4

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

👤 Max-Stefan Koslik

Klimastiftung: CDU fordert Sonderermittler – SPD schäumt

SPD-Generalsekretär widerspricht CDU-Bundespolitiker / Finanzminister Heiko Geue will heute Fragen beantworten

Schwerin/Berlin. Der Generalsekretär der SPD im Land, Julian Barlen, widersprach heftigst den Forderungen des CDU-Spitzenpolitikers Thorsten Frei nach einem Sonderermittler in MV zu den Vorgängen rund um Nord Stream 2 und die Klimaschutzstiftung. „Die Forderung des CDU-Bundespolitikers Frei nach einem Sonderermittler ist an Absurdität und Unglaubwürdigkeit nicht zu überbieten“, entgegnete Barlen, der auch Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag ist. „Bekanntermaßen hat die CDU in MV und auch die CDU an der Spitze der Bundesregierung in der Vergangenheit den damaligen Weiterbau der Pipeline in Regierungsverantwortung unterstützt, um eine sichere Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit bezahlbarer Energie zu gewährleisten. Die Stiftung ist auf Beschluss des Landtages MV öffentlich und ohne Gegenstimmen eingerichtet worden.“ Die Unterstellungen von Thorsten Frei seien „konstruiert, abstrus und durch nichts zu belegen“, so Barlen.

Thorsten Frei, der Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion ist, hatte in der „Bild“ vom Montag gefordert: „Es wird langsam Zeit, dass die unfassbaren Vorgänge um den Kreml-Sumpf in Mecklenburg-Vorpommern unabhängig aufgeklärt werden.“ Er sprach von langjährigen Verstrickungen

und Vertuschungsversuchen.

Frei ließ dabei unerwähnt, dass die CDU-Fraktion im Landtag in MV Mitinitiator eines Untersuchungsausschusses ist, der die Vorfälle rund um die Klimaschutzstiftung aufklären soll. CDU-Fraktionschef Franz-Robert Liskow sagte gestern dazu auf Nachfrage unserer Redaktion: „Die Vorwürfe werden immer zahlreicher und inzwischen könnte es sogar Straftaten gegeben haben. Ich bezweifle, dass die Landesregierung genügend Selbstreinigungskraft hat, um alles transparent aufzuarbeiten. Es wäre gut, wenn sich Behörden von außerhalb der Vorwürfe annehmen würden.“

Erst kürzlich hatte Ex-CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) im Zusammenhang mit der Gaspipeline Nord Stream 2 „Verrat deutscher Interessen“ vorgeworfen und die Klimastiftung als „scheinheilige Tarnorganisation“ bezeichnet. Er erntete damit umfangreiche Kritik.

Finanzminister Heiko Geue (SPD) will sich heute vor der Landespressekonferenz in Schwerin öffentlich und umfänglich zu den Vorgängen rund um den Steuerfall und die Verbrennung der Steuererklärung der Klimastiftung MV durch eine Finanzbeamte äußern.

Das Nord-Stream-Zerwürfnis

Früher waren Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und ihr Vorgänger Erwin Sellering enge Verbündete. Doch der Streit um eine Stiftung und deren russisches Geld hat ihr Verhältnis zerstört

Schwerin – Die Geschichte, die sich seit Beginn des Ukraine-Kriegs in Schwerin entspinnt, ist die Geschichte eines Zerwürfnisses. Manuela Schwesig (SPD) will eine Altlast loswerden, die ihr bis heute zusetzt. Erwin Sellering, ihr großer Förderer und Amtsvorgänger als Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, macht deutlich, so einfach gehe es nicht. Es geht um die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV, die einst beide mit ins Leben gerufen hatten – und deren Chef Sellering heute ist. Zweck der Stiftung war einerseits, die Ostseepipeline Nord Stream 2 fertig bauen zu lassen – trotz Sanktionen der US-Regierung, die das Vorhaben verhindern wollte.

Andererseits sollen über den gemeinnützigen Teil der Stiftung Klimamaßnahmen gefördert werden. Besonders stolz ist Sellering etwa auf das Projekt „Buddeln für Bäume“, bei dem fast die Hälfte der rund 900 Kitas in Mecklenburg-Vorpommern mitgemacht haben. Bereits am 25. Februar 2022, am Tag nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine und dem endgültigen Aus für die vollendete, aber nie in Betrieb gegangene Pipeline, bittet Schwesig Sellering zu einem Gespräch. Sie will, dass die Stiftung zügig aufgelöst wird. Seitdem hat dieses Duell an Fahrt gewonnen und kann für Schwesig und ihren Finanzminister Heiko Geue (ebenfalls SPD) politisch noch schwierig werden. Dass die Stiftung bis heute besteht, hängt mit dem komplizierten deutschen Recht, mit Haftungs- und Steuerfragen zusammen. Und mit Erwin Sellering.

Der Vorstandsvorsitzende will vor allem eine rechtlich saubere Abwicklung, um nicht später persönlich haftbar gemacht werden zu können. „Es ist völlig klar, dass wir zurücktreten werden“, sagt er im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*. Aber erst gelte es, das Testat der Wirtschaftsprüfer für das Jahr 2022 abzuwarten – denn bei Fehlern könnte der aktuelle Vorstand sonst rechtlich und finanziell belangt werden. Nach einem Rücktritt müsste zunächst wohl ein neuer Vorstand eingesetzt werden, der aber in Schwesigs Sinne dann

rasch alles auflösen und das Kapitel beenden könnte. Die andere Variante, dass die Erfüllung des Stiftungszwecks nicht mehr möglich ist oder sogar das Gemeinwohl gefährdet, scheidet offenbar aus.

Der nicht-gemeinnützige Teil der Stiftung ist längst abgewickelt. Es gab rund 80 Vertragspartner, die an der Vollendung der Pipeline beteiligt waren. Mit der Nord Stream 2 AG, die mehrheitlich dem russischen Gazprom-Konzern gehört, wurde vereinbart, dass die Stiftung zwölf Millionen Euro an das Unternehmen zurückerhält, die noch an Rechnungen offen waren. Aber wegen der EU-Sanktionen war es zunächst gar nicht leicht herauszufinden, ob das überhaupt erlaubt ist. Zum großen Problem sind die 20 Millionen Euro des Gazprom-Konzerns für den anderen Teil der Stiftung, der sich um Klimaschutzprojekte kümmert, geworden. Sellering will das Geld für Klimaschutzprojekte sichern, zudem fordert er Sicherheit für die vier verbliebenen Mitarbeiter. Schwesig hingegen wollte das restliche Geld der Stiftung in die humanitäre Ukraine-Hilfe geben, allerdings steht dem die Satzung entgegen.


Sellering, selbst Verwaltungsjurist, weist immer wieder auf die Fallstricke hin, er vertritt die Linie, dass bei allem politischen Druck durch den Bruch mit Russland nicht einfach juristische Grundsätze ignoriert werden könnten. Im Raum steht nun vor allem die Frage, ob es politischen Druck der Landesregierung auf die Finanzbehörden gegeben hat, um über Steuernachzahlungen die Stiftung so zu treffen, dass ihr nur noch die Auflösung bleibt.

Die Stiftung hatte im September öffentlich mitgeteilt, dass nach einer hohen Umsatzsteuerrückzahlung an die Stiftung plötzlich von einer Finanzbehörde versucht worden sei, 23 Millionen Euro vom Konto der Stiftung abzubuchen. Laut Finanzministerium war dies ein Versehen des zuständigen Amts. Besonders umstritten – und mit einer Kehrtwende versehen – ist außerdem die Frage, ob auf die Gazprom-Spende Schenkungssteuer zu zahlen ist. Zunächst hatte das Fi-

nanzamt Ribnitz-Damgarten deutlich gemacht, dass es keine Schenkungsteuer erheben wolle. Die Steuer wurde später, als SELLERING sich beharrlich gegen eine vorschnelle Auflösung wehrte, doch erhoben. Die Stiftung hat unter Vorbehalt 9,8 Millionen Euro gezahlt und klagt dagegen beim Finanzgericht Greifswald. Im Januar gab es einen Erörterungstermin, wie das Finanzgericht auf SZ-Anfrage bestätigt. Dabei habe man mit den Beteiligten, das sind die Stiftung und das Land, die „entscheidungserheblichen Punkte“ erörtert. Das Gericht hat nach eigenen Angaben darauf hingewiesen, dass es „zu diesem Komplex relativ wenig höchstrichterliche Rechtsprechung“ gebe. Finanzminister Geue wirft SELLERING vor, eine Aufklärung des Sachverhalts zu blockieren. Er habe dem Stiftungschef über das Wochenende noch einmal angeboten, ihm Einblick in alle Akten des Finanzministeriums zu gewähren, die mit der Schenkungsteuer-Entscheidung in Zusammenhang stünden, sagt er der SZ. Seine Bedingung: SELLERING müsse ihn vollumfänglich von der Verschwiegenheitspflicht entbinden, die das Steuergeheimnis mit sich bringe. Nur dann könne er den Bürgern den Fall vollständig darlegen. SELLERING habe die Offerte jedoch am Montag ausgeschlagen.

Geue betont, es gebe einen „wesentlichen steuerrechtlichen Grund“, warum die Stiftung nicht von der

Schenkungssteuer befreit werden könne. Diesen Grund dürfe er aber nicht nennen, solange er an das Steuergeheimnis gebunden sei. Der Minister verweist darauf, dass alle relevanten Mitarbeiter in seinem Haus und im zuständigen Finanzamt zu Protokoll gegeben hätten, dass sie bei der Schenkungssteuer-Entscheidung „zu keinem Zeitpunkt einem politischen Druck“ ausgesetzt gewesen seien. Darüber hinaus kritisiert er, dass SELLERING seit nunmehr einem Jahr politische Grundsatzbeschlüsse ignoriere. „Der Vorstand hätte schon längst zurückgetreten und die Stiftung schon längst abgewickelt sein müssen“, sagt Geue. Schwesig denkt da nicht anders. Schon am 1. März 2022 hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Stiftung rasch aufzulösen. Eine bestellte Gutachterin argumentierte unter anderem, es handle sich bei dem Geld von Gazprom um „Blutgeld“, das nicht für Klimaschutzzwecke eingesetzt werden dürfe – rechtlich gesehen eine etwas schwierige Kategorie. Immer wieder gab es auch Gespräche zwischen Staatskanzlei und Stiftung. Die offene Frage, wenn es denn zu einer Auflösung kommen sollte, ist, was mit dem Geld passiert, je nach Ausgang des Streits um die Schenkungssteuer ein zweistelliger Millionenbetrag. Eine Variante wäre, es am Ende doch für Klimaprojekte im Haushalt zu verbuchen. Sozusagen als Trostpflaster für all den Ärger.

 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 27.02.2023

MV-Grüne für gemeinsame Fachkräfte-Strategie Ost

Schwerin (dpa) - Die Grünen haben die Suche der ostdeutschen Regierungschefs nach einer gemeinsamen Strategie zur Fachkräftesicherung begrüßt. Der Konkurrenzkampf um die besten Arbeitskräfte herrsche nicht untereinander. Er bestehe vielmehr zu den westdeutschen Bundesländern, «die nach 30 Jahren Wiedervereinigung wirtschaftlich immer noch stärker aufgestellt sind als wir», sagte Ole Krüger, Landesvorsitzender der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, am Montag anlässlich der Fachkräftekonferenz Ost in Schwerin. Nötig sei ein abgestimmtes Auftreten der ostdeutschen Bundesländer im Bund.

Auf der Konferenz in Schwerin wollen die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsagenturen über die Sicherung des Berufsnachwuchses beraten. Nach der Massenarbeitslosigkeit um die Jahrtausendwende sieht sich die Wirtschaft nun auch in Ostdeutschland zunehmend mit dem Problem fehlender Fachkräfte konfrontiert. Immer häufiger können Stel-

len nicht besetzt werden, weil Bewerber fehlen. Wegen der im Westen meist besseren Bezahlung wandern junge Fachkräfte häufig ab.

Krüger verwies auf Umfragen, nach denen der Arbeitskräftemangel als größte Gefahr für das Wirtschaftswachstum angesehen werde. So sei in Mecklenburg-Vorpommern schon fast jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über 60 Jahre alt. «Um unsere Wirtschaft auf diese bevorstehende Renteneintrittswelle vorzubereiten, muss es uns jetzt gelingen, mindestens 5000, besser 10 000 Fachkräfte pro Jahr zu gewinnen», sagte Krüger. Als einen wichtigen Weg nannte die Co-Landesvorsitzende der Grünen, Katharina Horn, die Zuwanderung. Sie forderte die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, mehr Deutsch-Kurse und mehr bezahlbaren Wohnraum. «Letzteres ist auch ein wichtiger Baustein, um der Abwanderung unser gut ausgebildeten Jugendlichen Einhalt zu gebieten», betonte sie.